

zeitschrift für
menschenrechte
JOURNAL FOR HUMAN RIGHTS

Themenschwerpunkt der *zfmr* 1/2009:
FrauenMenschenrechte

Aus dem Inhalt

Heiner Bielefeldt: Frauenrechte im Menschenrechtsdiskurs. Eine Skizze konzeptioneller Entwicklungen

Andrea Maihofer: Dialektik der Aufklärung. Die Entstehung der modernen Gleichheitsidee, des Diskurses der qualitativen Geschlechterdifferenz und der Rassentheorien

Regina-Maria Dackweiler: Frauenrechte sind Menschenrechte: Transnationale Frauenbewegungspolitik zwischen Erfolgsgeschichte und Rückschlägen

Michael Krennerich: Frauen ins Parlament! Wahlsysteme und Frauenquoten im Fokus

Rita Schäfer: Frauenrechte und Frauen-Rechtsorganisationen in Südafrika

Jean-Paul Lehners: Gleich, aber doch verschieden? Ein Beitrag zu den Frauenrechten am Ende des 18. Jahrhunderts am Beispiel Olympe de Gouges'

Hintergrund

Thomas Hoffmann: Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit. Das Selbstmissverständnis der „liberalen Entschuldigung“

Theodor Rathgeber: Deutschlands Menschenrechtslage auf dem Prüfstand der UNO. Das *Universal Periodic Review* im UN-Menschenrechtsrat

Forum

Tour d' Horizon

Bezugsbedingungen: Die *zfmr* erscheint halbjährlich. Der Jahresabonnementpreis beträgt € 25,60, das Einzelheft kostet € 15,40 (jeweils zzgl. Versandkosten). Informationen zur *zfmr* finden Sie auf der Website des WOHENSCHAU Verlags.

www.wochenschau-verlag.de

Menschenrechte



Herausgeber(innen) und Redaktion:
Tessa Debus, Regina Kreide,
Michael Krennerich

Bereits erschienene Hefte und Vorschau
Menschenrechte und Terrorismus (1/07)
Menschenrechte und Staatlichkeit (2/07)
Menschenrechte und Demokratie (1/08)
Menschenrechte und Armut (2/08)
FrauenMenschenrechte (1/09)
Menschenrechte und Wirtschaft (2/09)

Marcel van der Linden

Der Sozialismus der keiner war: marxistische Kritiken der Sowjetgesellschaft

Als die Bolschewiki am 7. November 1917 mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) in Russland die Macht ergriffen, hofften sie, dass andere Revolutionäre, besonders im deutschen Kaiserreich, ihrem Vorbild rasch folgen würden. Gemeinsam würden sie eine neue, sozialistische Gesellschaft aufbauen, war Russland doch noch nicht ausreichend entwickelt, um diesen Weg alleine zu gehen. Den Bolschewiki war bewusst, dass sie dabei waren, eine „Revolution gegen *Das Kapital*“ durchzuführen, wie es ihr italienischer Anhänger Antonio Gramsci bezeichnete. Hatten doch Karl Marx und Friedrich Engels stets betont, für den Aufbau einer nachkapitalistischen Gesellschaftsform als „Verein freier Menschen“ sei ein sehr hoher Entwicklungsstand der „materiellen Produktionsbedingungen“ unverzichtbar (MEW 23: 92, 618). Schon früh in ihrem politischen Werden hatten sie diesen Ausgangspunkt drastisch formuliert: „Entwicklung der Produktivkräfte eine absolute praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte.“ (MEW 3: 34-35). Die Umwälzung würde darum „am raschesten und leichtesten“ in England durchgeführt werden können, wo die Produktivkräfte am höchsten entwickelt waren (MEW4: 374).

Das Ausbleiben der Revolution in Zentraleuropa zwang die Bolschewiki in die Isolation. Sie mussten der neuen Gesellschaft aus eigener Kraft eine Form geben. Einer Übergangsperiode, gezeichnet von Bürgerkrieg und teilweiser Marktökonomie (der „Neuen Ökonomischen Politik“, NÖP) folgte ab 1929-30 eine langwährende Periode zentraler ökonomischer Planung, forciert Industrialisierung, Zwangskollektivierung auf dem Land, der Konzentrationslager und der politischen Diktatur. Anfangs fielen die ökonomischen Resultate spektakulär aus – ein Erfolg der mit Sozialismus wenig, mit Terror aber eine ganze Menge zu tun hatte. Mindestens bis zur Mitte der 1950er Jahre verlief die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion überaus dynamisch, ungeachtet der enormen Verluste von Menschenleben und industrieller Kapazität als Folge des Zweiten Weltkriegs. Danach schrumpfte das ökonomische Wachstum. Parallel dazu wurde die Zwangsarbeit fast vollständig abgeschafft und mit einer ökonomischen „Liberalisierung“ experimentiert. Der Niedergang erwies sich jedoch als unaufhaltbar und resultierte ab ungefähr 1980 in einem negativen Wachstum und 1991 in der formalen Auflösung des alten Systems.

PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 155, 39. Jg., 2009, Nr. 2, 307-323

Die Sowjetunion war der erste Versuch, eine nachkapitalistische Gesellschaft zu errichten. Für Sozialisten aller Richtungen war es daher eine entscheidende Frage, wie man sich gegenüber diesem Experiment verhalten solle. Viele, vor allem orthodoxe Kommunisten, waren lange Zeit der Meinung, dass die UdSSR ungeachtet aller Mängel und ungeachtet der Auffassungen des klassischen Marxismus eine Form des „real existierenden Sozialismus“ bilde. Aber daneben gab es andere Linke, die diese Ansicht, teilweise schon im Anfangsstadium der Sowjetunion, nachdrücklich bestritten. Hier geht es mir um diese zweite Gruppe von Marxisten. Die Antworten, die diese Kritiker im Lauf der Zeit auf die „Russische Frage“ gegeben haben, fielen sehr unterschiedlich aus.¹ In der Periode 1917-1929 hatte die Sowjetunion noch nicht ihre qualitativ neue, stalinistische Struktur angenommen. Deshalb herrschte in diesen Jahren bei den meisten marxistischen Kritikern noch ein traditioneller Unilinearismus vor, demzufolge es eine historisch zwingende Reihenfolge von Gesellschaftsformationen gebe: nach dem Feudalismus folge der Kapitalismus und dann der Sozialismus. Die nachrevolutionäre Entwicklung wurde deshalb als misslungener, historisch unmöglicher oder vom Scheitern bedrohter Übergang zum Sozialismus analysiert.

Erst nach den Umwälzungen, die zwischen 1929 und ca. 1935 stattfanden, wuchs die Überzeugung, dass in der Sowjetunion ein einzigartiger neuer Gesellschaftstyp entstanden sei. Drei theoretische Hauptvarianten kamen in den 1930er und 40er Jahren auf: 1.) Kapitalismus-Theorien und 2.) die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats, die noch relativ eng an die alte unilineare Abfolge anschlossen, sowie 3.) Theorien des bürokratischen Kollektivismus, denen zufolge die Bürokratie als herrschende Klasse eines neuen Typs betrachtet wird.

Kapitalismus-Theorien

Grundsätzlich gibt es bei den Anhängern von Kapitalismustheorien zwei Argumentationsmöglichkeiten. Entweder wird behauptet, dass die kapitalistische Konkurrenz zwischen Unternehmen auch innerhalb der Sowjetunion vorherrschend gewesen sei, oder es wird der Standpunkt vertreten, dass die UdSSR als solche ein Kapitalist gewesen sei, der auf dem Weltmarkt mit anderen Kapitalisten (des Westens) konkurrierte.

Der erste Standpunkt hat eine lange Tradition. Sein bekanntester Vertreter war der französische Ökonom Charles Bettelheim (1913-2006). Die Grundlagen seiner Auffassung hatte Bettelheim bereits 1970 in der kleinen, kompakten Studie *Calcul économique et formes de propriété* („Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen“) dargelegt. Das monumentale mehrbändige Werk *Les luttes de classes en URSS* („Die Klassenkämpfe in der UdSSR“) stellte eine weitere Ausarbeitung dieser Studie dar. Bettelheim ging davon aus, dass die

Sowjetunion bis zum Tode Stalins 1953 noch auf dem Wege zum Sozialismus gewesen sei, dass aber in den Jahren danach eine Konterrevolution stattgefunden habe. Weil die Kommunisten die Restaurationsgefahr unterschätzt hatten, sei die Diktatur des Proletariats auf friedlichem Wege durch eine Diktatur der Bourgeoisie ersetzt worden. Dieser Prozess sei mit den ökonomischen Reformen Ende der 1950er Jahre und Mitte der 1960er Jahre vollzogen worden.² *Calcul économique et formes de propriété* enthält die dahinter liegende ökonomische Argumentation, die in drei Punkten zusammengefasst werden kann:

- Der Kern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird nach Bettelheim von den Unternehmen gebildet, die durch eine doppelte Trennung charakterisiert werden, nämlich „die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln“ und „die Trennung der einzelnen Unternehmen untereinander. Diese doppelte Trennung macht die zentrale Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise aus.“ (Bettelheim 1970: 72).

- Spätestens seit den Reformen von 1965 – als die Sowjetbetriebe eine größere Autonomie erhielten – war diese doppelte Trennung wieder eingeführt gewesen. Über Investitionen entschied nicht mehr der Plan, sondern die Direktion des Betriebs. Der Plan war daher kein wirklicher Plan mehr, sondern nur noch „Begleiter“ der Marktverhältnisse.

- Wenn der Markt und nicht der Plan herrscht, ist das Wertgesetz in Ehren wieder hergestellt und die Macht liegt nicht mehr bei der Arbeiterklasse. Der Plan ist nur noch ein Trugbild tatsächlicher Planung. Während in den Betrieben die Funktion des Kapitalisten von den Direktoren eingenommen wird, hat sich in den Planungsorganen eine Staatsbourgeoisie eingenistet (Bettelheim 1970: 93ff.).

Der prominenteste Vertreter des zweiten Standpunkts war der britische dissidente Trotzkiist Tony Cliff (1917-2000, sein richtiger Name lautete Ygael Gluckstein), der seine Theorie bereits 1948 in *The Nature of Stalinist Russia* („Der Charakter des stalinistischen Russlands“) ausführte. Nach Cliff hat sich die Sowjetbürokratie schon etwa 1930 in eine Bourgeoisie verwandelt. Seit dieser Zeit wäre alles daran gesetzt worden, die Industrialisierung voranzutreiben und Kapital zu akkumulieren – eine Begleiterscheinung sei die Entstehung eines umfangreichen Proletariats gewesen. Der sich entwickelnde Staatskapitalismus repräsentierte für Cliff ein höheres Entwicklungsstadium als der westliche Kapitalismus. Er bezeichnete die UdSSR als „die äußerste Grenze, bis zu der sich der Kapitalismus theoretisch entwickeln kann“ und als „eine Übergangsstufe zum Sozialismus diesseits der sozialistischen Revolution“ (Cliff 1975: 92). Dieser Staatskapitalismus hätte ein allumfassendes System gebildet.

2 Später revidierte Bettelheim diese Auffassung. Anfang der 1980er Jahre verteidigte er die Auffassung, dass die Oktoberrevolution nicht proletarisch gewesen war, und dass der Prozess der kapitalistischen Restauration bereits 1917 begonnen hatte (Bettelheim 1982: 14).

1 Für eine ausführlichere Darstellung siehe van der Linden (2009).

Die Unternehmen hätten keine selbständigen ökonomischen Einheiten dargestellt, wie Bettelheim behauptete, sondern Teile des einen großen Sowjetkapitals. Die Arbeitsteilung innerhalb eines Betriebes hätte sich nur graduell von der Arbeitsteilung zwischen den Betrieben unterschieden, denn faktisch wäre die Sowjetunion ein einziges großes kapitalistisches Unternehmen gewesen. Diesem Unternehmen sei ein Kollektiv von Kapitalisten (die Spitze der Bürokratie) vorgestanden, das naturgemäß danach getrachtet hätte, ihren Betrieb so planmäßig wie möglich zu managen. Deshalb seien die Mehrjahrespläne, die Reformen und andere wirtschaftliche Instrumente notwendig gewesen. Von ihrem Inneren her betrachtet hätte die Sowjetunion also „einfach“ eine diktatorisch geführte Planökonomie abgegeben. Erst über die Beziehung mit anderen kapitalistischen Unternehmen, d.h. über den Weltmarkt, sei deutlich geworden, dass „der Betrieb Sowjetunion“ ein kapitalistisches Unternehmen darstellte. Die Sowjetunion hätte sich als Kapital über die Konkurrenz nach außen hin konstituiert.

Beide Argumentationen erscheinen mir nicht stichhaltig. Die konkurrenzkapitalistische Argumentation übersieht, dass aus marxistischer Sicht eine bestimmte Gesellschaft erst dann als kapitalistisch charakterisiert werden kann, wenn gezeigt wird, dass diese Gesellschaft dem zentralen Bewegungsgesetz des Kapitalismus unterworfen ist: dem Wertgesetz. Bettelheim umschiffte diesen Punkt jedoch, indem er nicht die Frage der Produktionsweise insgesamt, sondern die Unternehmen und deren Beziehungen untereinander in den Mittelpunkt stellt. Analytisch werden dadurch die Dinge auf den Kopf gestellt, denn die Folge (Bestimmung der Produktion durch Unternehmer) wird ohne weiteres gleichgesetzt mit der Ursache (Kapitalismus). Dieser Kunstgriff geht einher mit der Behauptung, dass die Betriebe in der Sowjetunion voneinander getrennt gewesen seien, oder – mit anderen Worten – in einem Marktverhältnis zueinander gestanden hätten. Diese Behauptung steht jedoch im Gegensatz zu den Tatsachen. Auch nach den Reformen von 1965 konnte das einzelne Unternehmen nicht selbständig die Preise, die Löhne, die Art der herzustellenden Produkte und dergleichen festsetzen. Die Produktionsmittel hatten keinen Warencharakter, konnten nicht frei gehandelt werden und zirkulierten daher auch nicht auf kapitalistische Weise. Die Reformen bedeuteten nicht, dass der Gewinn die treibende Kraft des ökonomischen Wachstums geworden war. Es bestand keine echte Konkurrenz im kapitalistischen Sinn des Wortes. Schließlich stellt sich auch noch die Frage, worin den nun eigentlich der wesentliche Unterschied zwischen der stalinistischen („sozialistischen“) und der poststalinistischen („kapitalistischen“) Phase liegen soll. An welchem Kriterium kann man ermessen, dass ein Umschlag stattgefunden hat? Woran ist zu ersehen, ob sich der Staat in den Händen der arbeitenden Klasse befindet oder in den Händen von Funktionären und Verwaltern? Bettelheim urteilte, dass dies aus der *politischen Linie*, der gefolgt wird, abzuleiten sei. Es gibt also nach Bettelheim, wie einer seiner Kritiker konstatierte, „kein Kriterium“, „um zu beurtei-

len, ob das Proletariat an der Macht ist oder nicht, abgesehen von der Politik, die von der Regierung und der Partei bestimmt wird“ (Sweezy in: Sweezy/Bettelheim 1971: 49). Die Arbeiterklasse selbst spielt in dieser Argumentation offensichtlich keine bedeutende Rolle. Sie lässt sich ohne Widerstand in ein kapitalistisches System zurückführen.

Die staatskapitalistische Argumentation hat es mit einem anderen Problem zu tun. Die UdSSR hat nur in sehr beschränktem Maße auf dem Weltmarkt konkurriert. Es gab sogar eine Periode in der Geschichte des Stalinismus, in der fast gar nicht exportiert wurde. Daher drängt sich die Frage auf, ob es noch sinnvoll erscheint, das Sowjet-Staatskapital „Kapital“ zu nennen. In Marx' Kritik der politischen Ökonomie wird Konkurrenz als das Wesensmerkmal des Kapitals bezeichnet, das direkt aus dem Wertgesetz hervorgeht (MEW 42: 550, MEW 25: 47). Cliff versuchte diesen auf der Hand liegenden Gegensatz dadurch zu entkräften, indem er behauptete, der Wettkampf zwischen der UdSSR und dem Rest der Welt erfolge nicht über Waren sondern über Gebrauchswerte in der Form von Waffen. Der Rüstungswettlauf war für Cliff die Form, in der die Konkurrenz zwischen Sowjetkapital und westlichem Kapital Gestalt annahm: „Da die internationale Konkurrenz vorwiegend militärische Form annimmt, äußert sich das Wertgesetz praktisch in seinem Gegenteil, nämlich als Streben nach Gebrauchswerten.“ (Cliff 1975: 133). Es ist offensichtlich, dass Cliff in diesem entscheidenden Punkt mit der marxistischen Wertlehre brach. Jedes Kapital will doch seinen produzierten Wert dadurch realisieren, indem es seine Produkte *verkauft*, und das ist nicht möglich, wenn es die hervorgebrachten Waren nur *sehen lässt* oder *vernichtet*, wie das bei Waffen der Fall ist.

Theorie des degenerierten Arbeiterstaates

Die Theorie des „degenerierten Arbeiterstaats“ wurde von Leo Trotzki (1879-1940) entwickelt, jenem russischen Revolutionär, der in den 1920er Jahren von Stalin politisch ausgeschaltet und im Exil 1940 in Mexiko ermordet wurde. 1936 vollendete Trotzki sein Buch „Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?“, das unter dem Über-Titel *Verratene Revolution* veröffentlicht wurde. Trotzki betrachtete das Sowjetregime nicht als sozialistisch, sondern als „ein Vorbereitungs- oder Übergangsregime zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ (Trotzki 1988a: 737). Deshalb kombiniere der Sowjetstaat bürgerliche und sozialistische Elemente und habe einen „doppelten Charakter“: „Er ist sozialistisch, soweit er das vergesellschaftete Eigentum an den Produktionsmitteln schützt, und er ist bürgerlich, soweit die Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes, des kapitalistischen Wertmessers, erfolgt, mit allen daraus resultierenden Folgen.“ (Ebd.: 746). Da im produktiven Bereich sozialistische Merkmale vorherrschen würden (Planwirtschaft, Staatsmonopol beim Außenhandel) und dies der einzige Grund sei, warum laut Trotzki noch sinnvoll über einen Arbeiterstaat gesprochen werden könne, wäre die Bürokratie per de-

fnitionem nicht im produktiven Bereich verwurzelt. Sie vermöge sich ausschließlich in der Distributionssphäre zu behaupten, wo Mangel und daher bürgerliche Verteilungsnormen herrschten. „Grundlage des bürokratischen Kommunismus ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wird die Schlange sehr lang, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie ‚weiß‘, wem sie zu geben und wer zu warten hat.“ (Ebd.: 810). In jenem Maße, in dem in einem nachrevolutionären Land die Produktivkräfte geringer entwickelt seien, würde das gesellschaftliche Gewicht der Bürokratie größer werden. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Bürokratie sich selbst privilegiert. „Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen. So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das über die gesellschaftlich notwendigen Funktionen weit hinausgeht, zu einem selbständigen Faktor und damit zur Quelle großer Gefahren für den gesamten sozialen Organismus wird.“ (Ebd.: 811). In keiner anderen historischen Situation habe die Bürokratie eine so weitgehende Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse (dem Proletariat) erhalten. Aufgrund der Isolierung der Sowjetunion, analysierte Trotzki, hätte sich eine fundamental andere Entwicklung nicht ergeben können. Selbst Lenin hätte die Degeneration nur ein wenig verlangsamen können, mehr aber auch nicht. „Das bleierne Hinterteil der Bürokratie wog schwerer als der Kopf der Revolution.“ (Ebd.: 789).

Da aber Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie unverbrüchlich mit einander verbunden sind, könne es nicht lange dauern bis die Planwirtschaft durch den Mangel an Demokratie untergraben wurde. Deshalb könne die bürokratische „Entartung“ nur eine kurzfristige Erscheinung bedeuten. 1939 sprach Trotzki daher auch nur von zwei möglichen Resultaten des Weltkriegs: entweder käme es zum Sturz der Bürokratie und zur Wiedergeburt der sowjetischen Demokratie auf einer wesentlich höheren ökonomischen und kulturellen Basis als 1918, oder „Der monopolistische Kapitalismus fault weiter, verwächst enger mit dem Staat, und die Demokratie, soweit sie sich noch erhalten hat, wird durch ein totalitäres Regime ersetzt.“ (Trotzki 1988b: 1280). Entweder würde die Arbeiterklasse siegen oder es würde zu einer Konterrevolution kommen, die die stalinistische Bürokratie zu einer neuen herrschenden Klasse umformen würde. Einen Zwischenweg sah Trotzki nicht.

Trotzkis Erwartung, die bürokratische Diktatur in der Sowjetunion werde sehr bald zusammenbrechen, hat sich bekanntermaßen nicht bewahrheitet. Nach dessen Tod entfernten Trotzkis Anhänger deshalb die Zeitperspektive aus der Analyse. Ernest Mandel (1923-95), Trotzkis vielseitigster Nachfolger, schrieb deshalb z.B. vierzig Jahre später: „In historischem Maßstab bleibt das Problem so wie es Trotzki 1939 formulierte. Aber der zeitliche Maßstab war verkehrt. Darum ist eine dazwischen liegende Variante entstanden, die erklärt, warum

das 1939 aufgetretene Dilemma noch nicht von der Geschichte aufgelöst wurde.“ (Mandel 1980: 62).

Auch die trotzkistische Theorie kennt grundsätzliche Schwächen. An erster Stelle steht die Frage nach der Befristung des bürokratischen Phänomens. Trotzkis Überlegung war in sich logisch: Die russische Arbeiterklasse würde, den Sieg von 1917 noch frisch im Gedächtnis, den elitären Auswuchs, der die Früchte des revolutionäres Bemühens zu rauben trachtete, wieder beseitigen. Die Logik von Trotzkis Argumentation wurde jedoch von seinen späteren Anhängern entkräftet, denn die konkreten (und Marx entsprechenden) Erwägungen, die den Verfasser von *Verratene Revolution* zu seiner Auffassung brachten, wurden jetzt stillschweigend eliminiert und durch einen abstrakten „zeitlichen Rahmen“ ersetzt.

Eine zweite Schwierigkeit liegt in der Trennung, welche die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats zwischen der produktiven und der distributiven Sphäre vornimmt. Dies steht im Widerspruch zu Marx, der stets betonte, dass auch die Produktionssphäre eine Distribution einschließt, weshalb Produktion ohne Distribution eine „leere Abstraktion“ sei (MEW 42: 31).

Ein drittes Problem ist der Umstand, dass Trotzki der Bürokratie nur eine distributive und parasitäre Funktion zuschrieb und damit bestritt, dass diese Schicht in der produktiven Sphäre verwurzelt sein könnte. Diese Auffassung ist m.E. unhaltbar, weil die Sowjetbürokratie die Betriebe und damit die Produktionsprozesse leitete. Solche koordinierende Arbeit ist, wie Marx wusste, „eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muß in jeder kombinierten Produktionsweise“ (MEW 25: 397). Das sowjetische Betriebsmanagement besaß einen Doppelcharakter: einerseits war es bemüht die Produktion zu organisieren und andererseits verkörperte es damit gleichzeitig die Unterdrückung der ArbeiterInnen.

Ein letztes Problem ist logischer Natur. Es besteht in der Trennung der politischen von der ökonomischen Sphäre. Weil die Arbeiterklasse aus trotzkistischer Sicht ökonomisch die herrschende Klasse war, politisch aber völlig machtlos, war eine solche Trennung konsequent. Aber gerade in einer Planwirtschaft sind politische und ökonomische Macht eigentlich nicht voneinander zu trennen. Wer den Plan formuliert und damit die politische Macht hat, der beherrscht selbstverständlich auch die Ökonomie.

Theorien des bürokratischen Kollektivismus

Der Gedanke, dass sich die Sowjetunion zu einer von Marx nicht vorgesehenen Produktionsweise mit einer Bürokratie als neuer herrschender Klasse entwickelt hatte, wurde 1939 ausführlich von dem Italiener Bruno Rizzi (1901-85) zu Papier gebracht.³ In seinem Buch *La bureaucratization du monde* („Die

³ Das Buch wurde wegen einiger eindeutig antisemitischen Passagen (insbesondere Rizzi 1939:

Bürokratisierung der Welt“), versuchte Rizzi die schnell voranschreitenden internationalen Entwicklungen der damaligen Zeit (das konterrevolutionäre Auftreten der Stalinisten in der Sowjetunion und in Spanien, der Aufmarsch des Faschismus, der „New Deal“ in den USA, die Kriegsgefahr) mit der These zu erklären, zwischen Kapitalismus und Sozialismus gäbe es noch eine lange währende historische Phase, die er als „bürokratischen Kollektivismus“ bezeichnete. Dieses neue System habe sich bereits in der Sowjetunion, Italien, Deutschland, Japan und in einigen kleineren Ländern etabliert. Kennzeichen dieses Systems waren laut Rizzi unter anderen die folgenden:

- Die Staatsbürokratie besitzt *insgesamt* die Produktionsmittel und den gesellschaftlichen Reichtum. Sie ist deshalb eine kollektive, herrschende Klasse im Gegensatz zur Bourgeoisie, die aus einzelnen Ausbeutern besteht: „Die Ausbeutung verlässt die Domäne des Einzelnen und geht über in die Domäne der Klasse.“ (Rizzi 1939: 46)
- Die Ausbeutung ist Sache des Staatsapparates, der gleichzeitig die Unterdrückung organisiert. Politische und ökonomische Macht sind also miteinander verschmolzen.
- Die Arbeitskräfte werden nicht mehr von Kapitalisten gekauft, sondern vom Staat monopolisiert. Die Höhe der Löhne wird durch den Plan bestimmt, d.h. von den Spitzen der Bürokratie. Es ist darum unrichtig, die Arbeiter noch weiterhin „frei“ zu nennen (in der Definition von Karl Marx: frei von Produktionsmitteln und frei von persönlicher Abhängigkeit). Die Arbeiter gleichen vielmehr Sklaven, jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: die russischen Arbeiter dürfen Kriegsdienst leisten – ein „Vorrecht“, das den Sklaven im Altertum nicht zuteil wurde.

Nach Rizzi gab es andere Theoretiker die mehr oder wenig ähnliche Gedanken äußerten, wie der Amerikaner James Burnham (1905-87) und der Jugoslawe Milovan Djilas (1911-95). Eine wirkliche Wiederbelebung des Gedankens vom bürokratischen Kollektivismus fand jedoch erst Ende der 1960er Jahre statt. 1967 wurde ein Teil von *La bureaucratization du monde* in italienischer Sprache erneut veröffentlicht. Ungefähr zur selben Zeit nahm der italienische Soziologe Antonio Carlo (geb. 1941) Rizzis Gedankengang kritisch auf. Carlo war im Gegensatz zu Rizzi nicht der Meinung, die Bürokratie sei ein homogener und monolithischer Block. Ebenso wenig sah er im bürokratischen Kollektivismus eine universelle historische Tendenz. In seiner 1971 erschienenen Abhandlung *La natura socio-economica dell'Urss* („Der sozialökonomische Charakter der UdSSR“) betont Carlo vor allem die Entstehungsvoraussetzungen und die inneren Widersprüche der unterstellten neuen Klassengesellschaft. Im Zentrum stand dabei die Auffassung, eine bürokratisch-kollektivistische Gesellschaft könne nur in Ländern entstehen, in denen die Produktivkräfte wenig

entwickelt seien. Zwar mag das System auch höher entwickelten Ländern aufgezungen werden (wie in der DDR und der Tschechoslowakei nach dem Krieg), aber dies führe binnen kurzer Zeit unvermeidlich zu ernststen Krisen. Denn nur in einem unterentwickelten gesellschaftlichen Milieu sei bürokratische Planung effektiv möglich. Sobald die Produktivkräfte sich höher entwickelten und ein Niveau erreichten, das mit dem heutigen entwickelten Kapitalismus vergleichbar sei, wäre die bürokratische Planung nicht mehr zu handhaben.

In der Sowjetunion habe sich dies laut Carlo deutlich erwiesen. Am Anfang der bürokratischen Planung (beim ersten Fünfjahresplan) sei die Anzahl an Faktoren, die beachtet werden mussten, noch recht gering gewesen. Aber schon beim zweiten Fünfjahresplan seien die Planer mit Schwierigkeiten konfrontiert worden, weil der durch den ersten Fünfjahresplan realisierte Auftrieb der Produktivkräfte zu einer enormen Ausweitung von Details und Bedingungen geführt hätte. „Mag auch die geplante Industrialisierung eines armen, vorwiegend agrarischen Landes bewusst auf die Erzeugung einer begrenzten Anzahl von Industrieprodukten im Bereich des Primärsektors ausgerichtet sein, so stellen sich doch unmittelbar nach dem ersten Entwicklungsschritt Probleme der Auffächerung und der Vervielfältigung, insbesondere im Bereich des Transports, der Instandhaltung, der Lagerung und der Verteilung.“ (Carlo 1972: 67). Gerade durch die Realisierung der früheren Planziele sei die Gesamtstruktur der Ökonomie immer komplizierter geworden. „So erklärt sich, wieso auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Planwirtschaft eine derartige Häufung von Berechnungsproblemen auftritt, dass das Problem der Überschaubarkeit, des Kalküls, an die oberste Stelle tritt“ (ebd.). In dem Maße, in dem die inneren Spannungen der bürokratischen Ökonomie anwachsen, gerate der Plan zunehmend zu einem Anachronismus: dies sei die spezifische Form, in der der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im bürokratischen Kollektivismus in den Vordergrund träte. Sei das System einmal an diesem Punkt angelangt, so Carlo, dann blieben theoretisch nur noch zwei Möglichkeiten: „[E]ntweder die Rückkehr zu einer marktorientierten Produktion, in welcher sich die Berechnungsprobleme der Planungsbürokraten ‚automatisch‘ lösen würden – oder eine echte sozialistische Wirtschaftsplanung“ (ebd.: 69).

Die Theorien des bürokratischen Kollektivismus gehen von einer neuartigen (nachkapitalistischen oder dem Kapitalismus parallelen) Klassengesellschaft aus, die dem Marxschen Denken im Grunde fremd war. Sie verwenden auch einen Klassenbegriff, der nur schwer mit einer traditionellen marxistischen Herangehensweise in Einklang gebracht werden kann. Ein zentraler Marxscher Gedanke lautet bekanntlich, dass die Interessen der herrschenden Klasse zusammenfallen mit der Logik des sozial-ökonomischen Systems. Die Bourgeoisie entfaltet den Kapitalismus, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Selbstverständlich entstehen dabei auch ökonomische Krisen (weil das System

anarchisch funktioniert), aber diese Krisen sind zeitlich beschränkt – falls die Arbeiterklasse sich disziplinieren lässt – und verstärken letztendlich das System als Ganzes. In der Sowjetunion dagegen *behinderte* die Bürokratie das sozial-ökonomische System, indem sie eigenen Interessen nachging. Eines der wichtigsten Kennzeichen der Sowjetunion war gerade die Unmöglichkeit, das materielle Eigeninteresse der Bürokratie mit einem optimalen ökonomischen Wachstum und den Notwendigkeiten der Planung zu vereinbaren. Die Folge war eine Krise in Permanenz.

Zweitens: Wenn man die Bürokratie als herrschende Klasse kennzeichnet, kommt man zu der Folgerung, dass wir es erstmals in der Geschichte mit einer herrschenden Klasse, die nicht als Klasse vor dem Antritt ihrer Herrschaft existierte, zu tun haben. Die neue herrschende Klasse wäre nach der Oktoberrevolution fast aus dem Nichts entstanden und erst in dem Moment eine Klasse geworden, als sie die Macht eroberte. Dies steht selbstverständlich in völligem Gegensatz zur Marxschen Auffassung, Revolutionen würden Klassen und deren wechselseitige Machtverhältnisse ändern, aber nicht neu erschaffen.

Drittens: Die Bürokratie ist stets eine organisatorische Form, die von der herrschenden Klasse gebraucht wird. Deshalb ist, wie einige Anhänger der Theorie des bürokratischen Kollektivismus festgestellt haben (z.B. Fantham u. Machover 1979), die Bürokratie im Kapitalismus keine Klasse. Natürlich kann sich eine solche organisatorische Form im Falle einer fehlenden herrschenden Klasse verselbständigen, aber damit wird sie höchstens zum Klassenersatz (eine Quasi-Klasse), aber nicht zur Klasse im traditionellen Sinne.

Aus marxistischer Sicht gesehen gibt es angesichts dieser Erwägungen zwei Möglichkeiten: Entweder kommt man zu der Folgerung, dass die Bürokratie keine herrschende Klasse ist (aber eine Elite anderer Art) oder man betreibt eine groß angelegte Revision der Geschichtstheorie.

Andere Ansätze

Die Kritik an den klassischen Auffassungen über die Sowjetunion führt zu diesen vorläufigen Ergebnissen:

- Innerhalb des traditionellen Marxismus ist es nicht sinnvoll, die bürokratische Elite als eine herrschende Klasse zu bezeichnen (ungeachtet der Frage, ob es sich um eine Bourgeoisie oder eine andersgeartete Klasse handelte). Eine solche Bezeichnung führt zu schwerwiegenden theoretischen Widersprüchen.
- Obwohl die bürokratische Elite keine Klasse war, versuchte sie als eine solche zu handeln. Durch ihre innere Beschaffenheit als Bürokratie gelang ihr das nur unzureichend und sie verlor immer mehr ihren Zugriff auf die gesellschaftliche Produktion. Dies äußerte sich in einer kontinuierlich wachsenden ökonomischen Krise.
- Die Arbeiterschaft wurde politisch unterdrückt und konnte auf ökonomischem Gebiet keinen positiven Einfluss nehmen auf Umfang, Richtung und

Verwendung der gesellschaftlichen Produktion (sie wurde also ausgebeutet im strikten Sinne).

- Das bürokratische Prinzip durchzog die gesamte politische und ökonomische Sphäre. Dadurch gab es keine reale gesamtgesellschaftliche Planung, sondern nur eine pervertierte Form davon („Quasi-Planung“). Infolgedessen waren auch die Verteilungsnormen nicht mehr rein bürgerlich, sondern bestanden in einer Kombination monetärer und nicht-monetärer Instrumente. (Hinzu kam, dass die Arbeiterschaft nicht mehr aus Lohnarbeitern im strikten Sinne bestand.)

Mit diesen Schlussfolgerungen können zwei wesentliche politische Aussagen verbunden werden:

- Die Sowjetgesellschaft kann nicht als eine Klassengesellschaft im traditionell marxistischen Sinne charakterisiert werden (wie Kapitalismus oder Feudalismus). Vielmehr handelte es sich um eine neue Gesellschaftsformation, die nicht in die alten Schemata passt.

- In der Sowjetgesellschaft wäre eine Umwälzung erforderlich gewesen, die nicht mit dem Adjektiv „politisch“ beschrieben werden kann (wie es die Theorie des degenerierten Arbeiterstaates besagt). Der notwendige Umsturz hätte in mehr als nur einem politischen Akt bestanden, weil sich die Beseitigung der Bürokratie auf die gesamte ökonomische Sphäre ausgewirkt hätte.

Etwa 1970 entstand innerhalb der marxistischen Debatte noch eine vierte Strömung, die auf Mängel der klassischen Herangehensweise hinwies und eine Alternative außerhalb der gestanzten Begriffe zu entwickeln versuchte. Mehrere Autoren versuchten die Sowjetunion als Kombination verschiedener ökonomischer und politischer Elemente (Kapitalismus, Sozialismus, Bürokratie) zu verstehen (z.B. Naville 1970; García Casals 1980).

Viel Aufsehen erregte eine Zeitlang die Theorie, die der ehemalige Studentenfürher Rudi Dutschke (1940-79) in seiner Dissertation und einigen späteren Artikeln vorstellte. Dutschke sah in der „asiatischen Produktionsweise“ das beste analytische Instrument, um die Geschichte Russlands und der Sowjetunion zu entschlüsseln. Wie schon vorher der deutsch-amerikanische Sinologe Karl August Wittfogel sah Dutschke den Beginn der „Asiatisierung“ Russlands in der Eroberung durch die Tataren im dreizehnten Jahrhundert. Seit dieser Zeit habe sich das Land mehr und mehr von Europa entfernt. Das vorrevolutionäre Russland charakterisierte Dutschke als eine „halb-asiatische Produktionsweise“ (Dutschke 1974: 55), die unter verschiedenen historischen Umständen feudale oder auch kapitalistischen Züge aufweisen könne, sich dessen ungeachtet aber nicht wesentlich verändere. Der Stalinismus war nichts anderes als ein „asiatischer Despotismus“ auf neuem und höherem Niveau als der vorhergegangene Zarismus (Dutschke 1977). Mit allen „asiatischen Tricks“ konsolidierte die neue herrschende Klasse ihre Machtposition. Der so entstandene asiatische Imperialismus war tendenziell aggressiv, weil er über Expansion seine inneren Schwächen teilweise aufheben konnte (Berkhahn/Dutschke 1977: 82).

Der DDR-Oppositionelle Rudolf Bahro (1935-97), dessen 1977 veröffentlichtes Buch *Die Alternative* zu einer außergewöhnlichen internationalen Diskussion geführt hat (z.B. Wolter 1978), ging ebenfalls davon aus, dass die Sowjetgesellschaft als nicht-kapitalistischer Industrialisierungsversuch auf asiatischer Grundlage analysiert werden muss. Die historische „Aufgabe“ der Oktoberrevolution sei „die schnelle Entwicklung Russlands auf einem nichtkapitalistischen Weg“ gewesen (Bahro 1977: 58). Dem Staat sei dabei als „Zuchtmeister der Gesellschaft für ihre technische und soziale Mobilisierung, eine besonders wichtige Rolle zugefallen“ (ebd.: 150). Der Staat hätte also die Funktion einer herrschenden Klasse erfüllt ohne mit ihr identisch zu sein. „Alles in allem war der Sowjetstaat, mit der Partei als Kern, nicht der Stellvertreter einer mit ihrer eigenständigen Machtausübung überforderten Arbeiterklasse, sondern der außerordentliche Stellvertreter (nicht natürlich Platzhalter!) einer Ausbeuterklasse.“ (Ebd.: 156).

Auch für Bahro ist die Sowjetunion durch ihr asiatisches Erbe bestimmt. Das zaristische Russland begreift er vorwiegend als agrarischen Despotismus, das heißt als Agrarland mit einer asiatischen Produktionsweise. Innerhalb dieses Zusammenhangs bestünden weiterhin feudale Gesellschaftsverhältnisse – die auch nach der Bauernbefreiung von 1861 noch lange nicht völlig beseitigt worden seien – und kapitalistische Verhältnisse vor allem in den Städten. Mit dem Fortschreiten der Industrialisierung wäre auch allmählich die Notwendigkeit der asiatischen Despotie verschwunden und es hätte sich dieselbe historische Möglichkeit geboten, zum Sozialismus überzugehen wie im hochentwickelten Kapitalismus. In beiden Gesellschaftsformen sei eine Umwälzung, die mit den alten Formen und Gedanken bricht, erforderlich.

Insbesondere die Betonung, die Dutschke und Bahro auf den Zusammenhang zwischen dem osteuropäischen Despotismus und der asiatischen Produktionsweise legten, hat zu Kritik geführt. Es ist nicht nur falsch, alle Gesellschaftsformationen in Afrika, Asien und im präkolumbianischen Amerika in die asiatische Produktionsweise einzureihen (Spohn 1978), vor allem aber kannte das zaristische Russland diese Produktionsweise gar nicht (Kössler 1979). Die auffällige Kontinuität zwischen dem starken Staatsapparat des Zarismus und Stalins und seiner Nachfolger kann jedoch nicht gelehrt werden.

Die wohl wichtigsten Beiträge zur Theoriebildung über die Sowjetunion stammen jedoch von dem britischen Marxisten Hillel Ticktin (geb. 1937). Seit 1973 hat er in der von ihm gegründeten Zeitschrift *Critique* eine Reihe von Artikeln publiziert, die nicht nur theoretisch bahnbrechend waren, sondern auch empirisch solide fundiert. Ebenso wie Campeanu meint Ticktin, die Sowjetgesellschaft bilde ein Nicht-System. Von einer Planwirtschaft kann laut Ticktin keine Rede sein. Eher würden die osteuropäischen Gesellschaften ein instabiles Gebäude mit einander wechselseitig ausschließender gesellschaftlicher Dynamik bilden. Der ökonomische Prozess würde administrativ und reaktiv koordiniert, ohne dass die Führung die Gesamtheit des Geschehens in

den Griff bekommen könnte. „[E]ine organisierte oder administrierte Wirtschaft, deren größter Teil von niemandem kontrolliert wird“ (Ticktin 1981: 15). In dem Maße, in dem die Wirtschaft komplizierter würde, nehme auch die Unübersichtlichkeit für die Elite zu. „Je intensiver und komplexer eine Wirtschaft ist, umso länger ist die jeweilige Befehlskette. Die Wirtschaft ist dementsprechend für die Administratoren weniger durchschaubar und entsprechend größer sind die entstehenden Verzerrungen und deren entsprechende Bedeutung.“ (Ebd.).

Da die Sowjetgesellschaft bis in alle Poren bürokratisiert sei, gelte sie auch als vollkommen zersplittert. Die Arbeiter würden durch das Fehlen autonomer Organisationen individualisiert. Und auch innerhalb der Elite sei ein jeder auf sich selbst angewiesen und gezwungen, fortwährend die eigene Position zu verteidigen. Zugleich führe die Elite als ganzes auch einen Kampf, um sich selbst zu erhalten und zu reproduzieren. Zersplitterung und fehlende Planung hätten dazu geführt, dass die Produktion im Sowjetsystem völlig unzuverlässig verlief. Ein Teil der Produktion weise eine so geringe Qualität auf, dass er schlicht nicht zu gebrauchen sei. Ein anderer Teil wäre zwar zu gebrauchen, aber aufgrund von Maschinenschäden, dem Fehlen von Ersatzteilen oder aus anderen Gründen die beständige Ursache zusätzlicher Kosten. Ein dritter Teil der Produktion würde zwar Verwendung finden, aber so behandelt, dass er ebenfalls nicht mehr zu gebrauchen sei. Während im Kapitalismus der gesellschaftliche Widerspruch in der Ware zum Ausdruck käme, äußere sich dieser Widerspruch in der UdSSR im Gebrauchswert (ebd.: 49). Keine einzelne Gruppe und kein einzelner Mensch könne daher auch nur annähernd voraussagen, was produziert werde, wie viel produziert werde oder was mit den Produkten geschehe. Die Elite sei daher keine Klasse, sondern „eine soziale Gruppe, die an der Ausbeutung der direkten Produzenten beteiligt ist und das abgepreßte Mehrprodukt teilweise kontrolliert“ (Ticktin 1978: 55). Andererseits verfüge der Arbeiter teilweise über seine eigene Arbeitskraft. „Als Gegenleistung für das Fehlen der Arbeitermacht oder – das würde die Alternative sein – eines wirklichen Arbeitsmarktes werden den Arbeitern bei der Verrichtung ihrer Aufgaben größere Freiheiten zugestanden als unter kapitalistischen Verhältnissen. Dementsprechend kann er langsamer oder schlechter arbeiten, als es unter anderen Umständen der Fall wäre.“ (Ticktin 1981: 53).

Die relativ große individuelle Autonomie der Arbeiter und die beschränkte Macht der Elite hatten nach Ticktin eines gemeinsam: ein äußerst instabiles Gleichgewicht der sozialen Kräfte. Die UdSSR würde deshalb, kurzum gesagt, in einer permanenten Krise leben. Ticktin betonte daher immer wieder, nur die Arbeiter würden das System stürzen können. Sehr konsequent sah er den Zusammenbruch der UdSSR dann auch nicht als einen Übergang zum Kapitalismus, würde es hierfür doch der Zustimmung der Arbeiter benötigen. Nur wenn die Arbeiter eine konkrete Aussicht auf einen höheren Lebensstandard

hätten, sei dies denkbar. Für die ostdeutschen Arbeiter hätte sich die Möglichkeit geboten, „einfach die Grenze nach Westdeutschland zu überschreiten“, nicht aber für die sowjetischen Arbeiter (Ticktin 1992: 172).

Vorläufige Ergebnisse

Das skizzierte breite Spektrum von Standpunkten lässt vermuten, dass sich der kritische Marxismus schon seit Jahrzehnten im Zustand der Verwirrung über die nach der Oktoberumwälzung entstandene Gesellschaft befindet. Die Entwicklung der Sowjetgesellschaft kann wahrscheinlich am besten verstanden werden, wenn man die inneren Verhältnisse der UdSSR verlässt und die Entwicklung des Weltmarkts in Augenschein nimmt.

Der internationale Industriekapitalismus, wie er im 18. Jahrhundert erstmals in Großbritannien entstand, entwickelte sich kombiniert und ungleichmäßig. Kein einziges Land wiederholt die ökonomische Entwicklung eines anderen: nicht alleine, weil das vorindustrielle soziale, ökonomische und politische Erbe überall anders beschaffen ist, sondern vor allem, weil jedes neu industrialisierte Land die Voraussetzungen für die spätere Industrialisierung in anderen Ländern verändert. Mit der voranschreitenden Zeit wird der Abstand zwischen „Pionieren“ und „Nachzüglern“ immer größer. Die ersten haben eine ertragreichere Landwirtschaft, die Industrie ist produktiver, und die menschlichen Produktivkräfte sind höher entwickelt. Wenn Pioniere und Nachzügler auf dem Weltmarkt gegeneinander antreten, sind die letzteren meistens dazu verdammt, den kürzeren zu ziehen. Es gibt dann nur zwei Auswege: entweder der Staat löst sich weitgehend von den inneren Kräften, die der Industrialisierung im Weg stehen (wie z.B. in Japan ab 1868 während der Meiji-Restauration und nach dem zweiten Weltkrieg in Taiwan und Süd-Korea); oder es wird versucht den Rückstand unter Umgehung des kapitalistischen Systems aufzuholen.

Die russische Gesellschaft wurde in diesem Sinne nach der Revolution von 1917 vom metropolitanen Kapitalismus abgekoppelt. Zwar hatte sich das Land in der Periode der forcierten Industrialisierung ab ungefähr 1930 damit der direkten Wirkung der Marktgesetze entzogen, aber der internationale kapitalistische Einfluss machte eine wirklich autonome Entwicklung durchweg unmöglich. Am auffälligsten zeigte sich dieser unaufhörliche Druck auf dem militärischen Gebiet. Der Rüstungswettlauf hat – anders als im Kapitalismus, wo er unter Umständen wachstumsfördernd wirken kann – in der UdSSR ständig erneut die ökonomische Entwicklung behindert und deformiert. Aber auch auf anderen Gebieten war der kapitalistische Einfluss deutlich spürbar, z.B. bei der technologischen Abhängigkeit. In der Folge musste sich das Land an den internationalen kapitalistischen Akkumulationsprozess anbinden. „Zwar nicht Akkumulation um der Akkumulation willen, wie im kapitalistischen System, aber Akkumulation um mithalten zu können“, war das Gesetz, dem alle anderen gesellschaftlichen Ziele untergeordnet waren (Pietsch 1982: 380).

Mit anderen Worten: Die Sowjetgesellschaft wurde nicht primär von endogenen (aus der eigenen Gesellschaftsform entstandenen), sondern von exogenen, durch das kapitalistische System aufgezwungenen Bewegungsgesetzen angetrieben – ein Gedanke, der, wie wir sahen, von Cliff vorgebracht wurde. Die von Ticktin namens der meisten marxistischen Theoretiker vertretene Behauptung, dass „jedes gesellschaftliche System eine grundlegende Dynamik oder gesellschaftliche Triebkraft“ besitzt (Ticktin 1981: 3), galt für die UdSSR also nur im indirekten Sinn. Gleichzeitig bleibt jedoch richtig, dass die der Sowjetunion von außen auferlegte Dynamik in verschiedenen miteinander konfligierenden Tendenzen resultierte.

Der bürokratische Charakter der Gesellschaft hat insbesondere zu ihrer vollständigen Atomisierung geführt. Es war ein grundlegender Widerspruch entstanden zwischen den Individuen (der herrschenden Elite wie den Arbeitern), die ihre Eigeninteressen verfolgten, und den Versuchen der Elite als Kollektiv, den gesellschaftlichen Zusammenhang, notfalls mit Gewalt, zu erhalten.

- Für die Arbeiterklasse bestanden kaum Anreize zur Arbeit (mit Geld konnte man nicht viel kaufen, offene Arbeitslosigkeit gab es kaum) und deshalb arbeitete sie in einem – im Verhältnis zum Westen – niedrigen Tempo und fertigte Produkte sehr schlechter Qualität.

- Betriebsleitungen hatten ein Interesse daran, die Planungsinstanzen über die Produktionskapazitäten falsch zu informieren, um keinem zu hohen Planziel ausgesetzt zu sein. Sie verhielten sich in der Betriebsführung äußerst konservativ, um keine Risiken einzugehen. Die Folge dieses Zustandes war eine große – und im Lauf der Jahre wachsende – Vergeudung, die sich in Produkten schlechter Qualität, der sehr zögernden Einführung neuer Technologien, Unterbeschäftigung und Nichtauslastung vorhandener Kapazitäten ausdrückte.

Die soziale Struktur der Sowjetgesellschaft war außergewöhnlich. Die Arbeiterklasse war keine „gewöhnliche“ Arbeiterklasse. Einerseits vermietete sie ihre Arbeitskraft für Geld und brachte ein gesellschaftliches Produkt hervor, über das sie nicht zu bestimmen hatte (sie wurde also im strikten Sinne ausgebeutet). Andererseits aber war sie einer Art Arbeitspflicht unterworfen und konnte das verdiente Geld auf Grund des Mangels an Konsumgütern nur zum Teil für die Anschaffung von Waren zur Selbstreproduktion verwenden. Die Elite besaß nur teilweise die Macht, die Verwendung des gesellschaftlichen Produktes zu bestimmen, und ebenfalls nur eine teilweise Verfügungsgewalt über die Arbeitskräfte. Die Charakterisierung der Elite als Quasi-Klasse drückt diese Unklarheit recht gut aus.

Vor dem Hintergrund der Anbindung an den kapitalistischen Akkumulationsprozess und seinen Folgen wird das dauerhafte Ungleichgewicht zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterproduktion in der UdSSR einigermaßen begreiflich. Die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter und Bauern ist von den Eliten nicht aus „Bosheit“ vernachlässigt worden, sondern weil das in

fortwährender Konkurrenz mit dem Kapitalismus zu erkämpfende Überleben der eigenen Gesellschaftsform es so verlangte.

Hiermit soll nicht gesagt sein, dass der Stalinismus in all seinen Aspekten historisch unvermeidlich gewesen ist, wie es Bahro behauptet hat. Die Diktatur war nicht nur terroristisch, sondern verhielt sich auch regelmäßig irrational, z.B. bei der chaotischen Kollektivierung der Landwirtschaft Anfang der 1930er Jahre, bei der Liquidierung der Militärschicht und der alten Bolschewiki ein paar Jahre später, oder auch beim „Ärztekomplott“ in den fünfziger Jahren. Eine bedeutend humanere und ausgewogenere Politik wäre durchaus möglich gewesen, aber gleichzeitig gilt, dass viele wesentliche politisch-ökonomische Entwicklungen nur um den Preis der vollständigen Kapitulation vor dem Kapitalismus zu vermeiden gewesen wären. In diesem Sinne kann man den Stalinismus als eine Form ursprünglicher Akkumulation auffassen. Er führte in gewissem Sinne eine partielle ursprüngliche Akkumulation durch. Obwohl die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel *nicht* zum Eigentum von Kapitalisten wurden (sondern unter die Verfügung der bürokratischen Elite fielen), wurden die Produzenten doch des Eigentums an ihren Arbeitsbedingungen beraubt. Dies geschah überwiegend durch Proletarisierung (die Produzenten wurden Arbeiter), aber zum Teil auch durch ihre Versklavung in den Arbeitslagern des Gulag.

Gerade der Erfolg der forcierten Industrialisierung bis in die 1950er Jahre führte auch zu deren Stagnation, wie Antonio Carlo überzeugend erklärt hat. Die schnell wachsende Komplexität der wirtschaftlichen Strukturen hatte immer größere Managementprobleme zur Folge und die Kommandomethode, welche die Akkumulation primär mit Zwang organisierte, griff nicht mehr. Vergeudung und Ineffizienz, die schon früher bestanden, wurden bestimmende Elemente. In der frühen Periode „können schlechte Qualität, falsche Liefertermine, das Fehlen von Ersatzteilen und ungenaue Werkzeugmaschinen noch hingenommen werden. Unmöglich ist dies in einer Entwicklungsperiode, in der die Industrie einen hohen Verflechtungsgrad aufweist und exakte Termine und Präzisionswerkzeuge erforderlich sind“ (Ticktin 1981: 46). Allein der Militär- und der Raumfahrtsektor verstanden es, dieser Stagnation zu entgehen. Die Erklärung hierfür liegt nicht im Fehlen von Vergeudung und Ineffizienz in diesem Bereich, denn diese waren dort ebenso gegeben wie im zivilen Sektor. Die Erklärung liegt vielmehr darin, dass diesem Sektor eine außerordentliche Menge von Ressourcen pro Produktionseinheit zugewiesen wurde.

Die Krise der Sowjetunion war also vorherzusehen und wurde vorhergesehen – auch wenn vor 1991 selbstverständlich niemand deren konkreten Verlauf einschätzen konnte. Das Sowjetexperiment hat deutlich gemacht, wo die Grenzen jener Strategie liegen, die eine nationale Ökonomie vom Weltmarkt abkoppeln will. Sogar ein Land mit so reichhaltigen Ressourcen wie die UdSSR war offensichtlich auf die Dauer nicht in der Lage, unter Umgehung des Weltmarkts

den metropolitenen Kapitalismus „einzuholen“, geschweige denn zu „überholen“. Damit steht wohl fest, dass dies in Ländern mit geringeren Ressourcen ebenso wenig gelingen kann. Letztendlich erweist sich Trotzki's Warnung aus dem Jahr 1930 als gerechtfertigt: „Die sozialistische Gesellschaft muß in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich zum Ziel zu stecken, eine national isolierte sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen.“ (Trotzki 1969: 9).

Literatur

- Bahro, Rudolf (1977): *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Frankfurt/M. Berkahn, Günter; Dutschke, Rudi (1977-78): Über die allgemeine reale Staatsklaverei. Die Sowjetunion in der russischen Geschichte, in: *L'76*, H. 6, 135-162, und H. 7, 64-90.
- Bettelheim, Charles (1970): *Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen*, Berlin.
- (1975): *Die Klassenkämpfe in der UdSSR*, Bd. I: 1917-1923, Berlin.
- (1982): *Les luttes de classes en URSS (1930-1941)*, Bd. I: Les dominés, Paris.
- Carlo, Antonio (1972): *Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917-1975)*, Berlin.
- Cliff, Tony (1975): *Staatskapitalismus in Russland*, Frankfurt/Main.
- Dutschke, Rudi (1974): *Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale*, Berlin.
- (1977): Zur Sowjetgesellschaft. Das politisch ungeklärte Problem der Metamorphosen der asiatischen Produktionsweise, in: *links*, H. 89 (Juni), 15-16.
- Fantham, John; Machover, Moshe (1979): *The Century of the Unexpected. A New Analysis of Soviet Type Societies*, London.
- García Casals, Felipe (Pavel Campeanu) (1980): Theses on the Syncretic Society, in: *Theory and Society*, Vol. 9, Nr. 2, 233-260.
- Kössler, Reinhart (1979): Zur Kritik des Mythos vom 'asiatischen' Russland, *PROKLA* 35, 105-131.
- Linden, Marcel van der (2009): *Western Marxism and the Soviet Union. A Survey of Critical Theories and Debates Since 1917*, Chicago.
- Mandel, Ernest (1980): Pourquoi la bureaucratie soviétique n'est pas une nouvelle classe dominante, *Quatrième Internationale*, Dritte Reihe, H. 1, 61-77.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956ff): *Werke* (MEW), Berlin.
- Naville, Pierre (1970): *Le salaire socialiste (I). Les rapports de production* [= Naville, *Le Nouveau Léviathan*, Bd. 2], Paris.
- Pietsch, Anna-Jutta (1982): Stalinismus als Phänomen der nichtkapitalistischen ursprünglichen Akkumulation, in: Gernot Eler u. Walter Süß (Hg.), *Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg*, Frankfurt/M.; New York 1982, 367-384.
- R.[izzi], Bruno (1939), *La bureaucratisation du monde*, Paris.
- Spohn, Wilfried (1978): Geschichte und Emanzipation. Bahros Beitrag zur Sozialismus-Diskussion, *PROKLA* 31, 5-31.
- Sweezy, Paul, Bettelheim, Charles (1971): *On the Transition to Socialism*, New York.
- Ticktin, Hillel (1978): The Class Structure of the USSR and the Elite, *Critique*, H. 9, 37-61.
- Ticktin, Hillel u.a. (1981): *Planlose Wirtschaft. Zum Charakter der sowjetischen Gesellschaft*, Hamburg.
- Ticktin, Hillel (1992): *Origins of the Crisis in the USSR*, Armonk, NY.
- Trotzki, Leo (1969): *Die permanente Revolution*, Frankfurt am Main.
- (1988a): Verratene Revolution (1936), in: Trotzki, *Schriften*, Bd. I.2, Hamburg.
- (1988b): Die UdSSR im Krieg (1939), in: Trotzki, *Schriften*, Bd. I.2, Hamburg.
- Wolter, Ulf (Hg.) (1978): *Antworten auf Bahros Herausforderung des „realen Sozialismus“*, Berlin.